

Schmidt die Entscheidung aus der Hand nehmen wollten, „als Entscheidung über uns“ (Gudrun Ensslin).

Das Thema Selbstmord wurde sogar konkret angesprochen. Als Jan-Carl Raspe gefragt wurde, ob sich ein Gefangener nach dem Vorbild Ulrike Meinhofs selbst töten wolle, erwiderte Raspe: „Ich weiß nicht.“

Welche Folgerungen die Bonner Akteure aus diesen Berichten ziehen, läßt die Dokumentation offen. Und daß im Krisenstab überhaupt Beschlüsse gefaßt wurden, geht nur aus knappen Sätzen hervor, etwa, daß vom BKA bei Rechtsanwalt Denis Payot wieder eine Mitteilung hinterlegt worden sei. Ausgespart wurde sogar, daß Payot allein für derlei Tätigkeiten im September einen Honorarvorschuß von 130 000

SOMALIA

Seite des Verlierers

Die massive Hilfe, mit der Bonn Somalia unterstützen will, wirft auch Probleme auf: Die Somalier gelten in Afrika als Aggressor.

Staatssekretär Klaus Bölling hat an seinem Chef eine auffallende Veränderung festgestellt. Stand Bundeskanzler Helmut Schmidt deutscher Entwicklungshilfe für die Länder der Dritten Welt bislang eher skeptisch gegenüber, so ist der Regierungschef seit 14 Tagen bereit, die Bonner Kasse weiter als bisher zu öffnen.

Die Wende kam, als die somalische Regierung den Einsatz der GSG-9-Spe-

Entsprechend spärlich fiel die Bonner Entwicklungshilfe aus. Das von 1976 bis 1978 laufende Abkommen sieht Lieferungen in Höhe von sechs Millionen Mark vor, darunter BMW-Motorräder, Lieferwagen und ähnliches Gerät für die somalische Polizei; für 1977 sind knapp elf Millionen Mark für Kapital- und technische Hilfe veranschlagt.

Nun wollen die Bonner klotzen. In Hans-Dietrich Genschers Auswärtigem Amt gehen die Beamten davon aus, daß sich die Hilfe der Bundesrepublik an das 3,2-Millionen-Einwohner-Land mindestens verzehnfachen wird.

Die Somalier haben Schmidts Angebot zu enger Zusammenarbeit bislang noch nicht mit konkreten Wünschen beantwortet; sie verhalten sich ganz anders als etwa ihre arabischen Glaubensbrüder, die nach Meinung eines Genscher-Beamten „sofort mit beiden Füßen auf eine solche Offerte draufgesprungen wären“.

Einem dringenden Wunsch der Somalier will die Bundesregierung freilich auch jetzt nicht nachkommen: Bonn wird weder Waffen liefern noch Geld für Kriegsgüter spenden.

Die Geldspritze soll nur für friedliche Zwecke verwendet werden, für die Mechanisierung der Landwirtschaft etwa oder für Bewässerungsanlagen; keinesfalls aber sollen die Somalier mit deutschem Geld Waffen für ihren Konflikt mit dem benachbarten Äthiopien kaufen dürfen.

Auch ohne Waffenhilfe ist ein erheblich verstärktes westdeutsches Engagement in Somalia problematisch genug. Denn seit die von Mogadischu unterstützten Guerillas der Westsomalischen Befreiungsfront in Äthiopien massiv angreifen, um die äthiopische Provinz Ogaden in ein Groß-Somalia heimzuholen, gilt Somalia als Aggressor, der gegen die Charta der Organisation für afrikanische Einheit (OAU) verstößt: Die afrikanischen Staaten haben sich darauf geeinigt, daß die noch von den Kolonialherren festgelegten Staatsgrenzen nicht angetastet werden dürfen. Wird dieser Grundsatz aufgehoben, so fürchten auch Bonner Afrika-Experten, droht dem Kontinent bald ein blutiges Chaos.

Doch nicht nur das innerafrikanische Gleichgewicht wird durch den neuen Bonner Freundschaftsstaat tangiert, auch die Supermacht Sowjet-Union ist betroffen.

Seit dem Ogaden-Konflikt hat Moskau seine Unterstützung für Mogadischu eingestellt, hält aber weiter den mit mindestens 2000 sowjetischen Militärs und Technikern besetzten Stützpunkt Berbera als Basis für die Rote Flotte, die im Indischen Ozean operiert.

Während die Sowjet-Union, die DDR und Kuba massiv das Regime in Addis Abeba aufrüsten, während die



Botschafter Bokah, Kanzler Schmidt, Ehefrau Loki: Bonner Füllhorn über Somalia

Schweizer Franken gefordert und erhalten hat.

Keinen Aufschluß gibt die Datensammlung der Bundesregierung auch darüber, ob der Krisenstab jemals eine Grundsatz-Entscheidung für die Staatsräson und gegen den Austausch der Häftlinge getroffen hat. Diese Frage, so versichern Teilnehmer an den Dauerkonferenzen, habe Schmidt nie gestellt. Er war sich des stillschweigenden Einvernehmens aller Hauptbeteiligten, auch der Opposition, sicher, daß nicht nachgegeben werden dürfe.

Keinen Zweifel gab es für ihn auch an der Konsequenz: Hätte sich die Mehrheit des Krisenstabes gegen den Kanzler für einen Austausch ausgesprochen und wäre dann die Geiselfreiung in Mogadischu mißglückt, wäre Helmut Schmidt noch in derselben Nacht zurückgetreten.

zialisten auf dem Flugplatz ihrer Hauptstadt gestattete. Bölling: „Für Schmidt wurde Mogadischu zum Damaskus.“

So wird sich das Bonner Füllhorn zunächst über den hilfreichen Wüstenstaat ergießen, der bislang als Stiefkind der deutschen Entwicklungshilfe galt.

Das sozialistische, jahrelang von der Sowjet-Union alimentierte Regime des Siad Barre war den Bonnern höchst suspekt. Ein AA-Diplomat erinnert sich: „Wir haben uns immer sehr über die Somalier geärgert. Bei allen internationalen Konferenzen stimmten die immer gegen uns.“

Bonn hielt die Beziehungen kühl: Als einzige Auslandsvertretung in Mogadischu ist die deutsche Mission seit Monaten ohne Botschafter, und nie ließ sich ein Minister in Somalia blicken, allenfalls mal ein Staatssekretär.

ungleichen Brüder Libyen und Israel äthiopische Waffen warten und Truppen ausbilden, hält sich der Westen mit der Unterstützung Somalias zurück. Zwar versprochen die USA und Frankreich dem Wüstenvolk vor einem halben Jahr Waffenhilfe, mit Rücksicht auf die anderen afrikanischen Staaten zögerten sie aber Lieferungen bislang hinaus.

Lediglich Saudi-Arabien, das nicht-arabische Mächte aus dem Roten Meer fernhalten will, half mit einem 400-Millionen-Dollar-Kredit aus. Und allnächtlich landet in Mogadischu, wie deutsche Diplomaten beobachteten, eine Maschine ohne Kennzeichen aus dem Irak, die Ersatzteile für Somalias sowjetische Waffen bringt.

Im Auswärtigen Amt gehen die Meinungen darüber auseinander, ob die Bundesregierung nun wenigstens Washington und Paris darum bitten soll, das versprochene Kriegsgerät nach Mogadischu zu liefern. Doch werden auch die avisierten Defensiv-Waffen die 3,2 Millionen Somalier kaum davor schützen, dem zu erwartenden Druck der provozierten 28 Millionen Äthiopier auf Dauer zu widerstehen.

„Wir müssen deshalb aufpassen“, sorgte sich ein Afrika-Experte des AA, „daß wir uns nicht allzu eindeutig auf die Seite des Verlierers setzen.“

STAMMHEIM

Licht in jede Ritze

Stuttgarts Landesregierung tut sich schwer bei der Aufklärung der Todesfälle von Stammheim. Regierungschef Filbinger sieht die Ursachen nicht in der Schlamperei eigener Behörden, sondern sucht die Schuldigen außer Landes.

Fahnen wurden entrollt, schwarze mit rotem Stern und auch die blaurote von damals aus Vietnam, Transparente am Friedhofsrand aufgezogen: „Solidarität mit den Kämpfern aus der Guerilla“. Nicht in Schwarz und Schleier waren viele der Trauernden gekommen, sondern mit Tüchern und Schals vor den Gesichtern.

Auf dem Stuttgarter Dornhaldenfriedhof, einstmals Schießplatz, wurden, am vorigen Donnerstag, die drei Toten in ihre zwei Gruben gesenkt, Gudrun Ensslin, 37, Andreas Baader, 34, Jan-Carl Raspe, 33, alle aus „Stuttgart-Stammheim, Asperger Straße 30“, wie unter „Was, Wann, Wo“ die Lokalpresse verzeichnet hatte.

„Gott sei gnädig Sündern und Gerechten“, stand auf die Kranzschleifen gedruckt, auch, nebst güldnem Palmenwedel, „ZK des KBW“, auch „Letzter Gruß Dein Onkel Walter“.

„Vater unser“ wurde an den Gräbern gesprochen, jedoch auch von den „so-



Angehörige bei der Terroristen-Beerdigung*: „Jetzt nicht überall rumfragen ...“



Häftlings-Mutter Charlotte Raspe ... nach der Verantwortung“

genannten Selbstmorden“, davon, hier werde „mit diesen Holzkisten nicht der Widerstand beerdigt“, und Gudrun Ensslin wurde mit der Prognose zitiert, „daß die Schweine immer unverschämter lügen werden“.

Bruno Streibel, der Gemeindepfarrer, zitierte seinerseits den 130. Psalm und den Galater-Brief und schloß die „Gottesdienstliche Stunde“ im Namen Gottes: „Er hat das letzte Wort, nicht wir. Amen.“

Aber Amen und Schluß war nicht, als die Gemeinde sich verließ. Unvereinbar wie die Gegensätze auf dem Dornhaldener Acker blieben auf dem politischen Feld die Mutmaßungen, Behauptungen, Anklagen und Gewißheiten, wie denn nun eigentlich es zu dem Begräbnis, zu den drei Toten gekom-

men war — unvereinbar manche Details auch noch dann, wenn die These von Mord als unreal, als demagogisch beiseite gelassen wird.

„Das hat schon Dürrenmattsche Bühnendimension“, sagt ein Staatsanwalt, „wenn sich einer in dem Land, dessen faschistische Machthaber einst ihre Gegner durch Genickschüsse erledigen ließen, auf dieselbe Weise selbst umbringt.“

Ein möglicherweise von den RAF-Häftlingen beabsichtigter Effekt ist immerhin unbestreitbar: Der Erfolg von Mogadischu verblaßte, zumindest im Ausland, vor den gespenstischen Vorgängen in Stammheim. Aus dem bewunderten Deutschen wurde für viele schnell wieder der Barbar. Immer undifferenzierter verwenden Zeitungen in Frankreich und Italien das Wort „Mord“.

Gegen derartige Darstellungen wäre wirkungsvoll nur anzukommen, wenn die Todesfälle lückenlos aufgeklärt werden könnten. Der Oppositionsführer im Stuttgarter Landtag, Erhard Eppler, forderte denn auch: „Da muß Licht in jede Ritze.“

Aufschluß über die morgendlichen Schüsse in den Zellen 716 und 719 sowie über Gudrun Ensslins Erhängungstod erhofften sich die Ermittler von Irmgard Möller, die am Freitag vorletzter Woche vom ermittelnden Staatsanwalt Rolf Dieter Herrmann vernommen werden sollte.

Doch der Ermittler blitzte ab. Seine Fragen waren für die Terroristin „einfach absurd“. Zwar erkundigte sich Irmgard Möller „angelegentlich danach, ob die Kontaktsperre aufgehoben sei“ (Herrmann), aber als der Staatsanwalt seinerseits die Zeugin befragen

* Ensslin-Eltern (2. u. 3. v. r.), Ensslin-Brüder (3. v. l.), Baader-Mutter (2. v. l.), außerdem (links) Wienke Zitzlaff, Schwester Ulrike Meinhofs.